

NIEDERSCHRIFT HFA/0031/2018

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 30.08.2018 im
Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze Thier bis einschl. TOP 4.
Herr Carsten Rampe
Herr Winfried Heymanns Vertretung für Frau
Margarete Köhler
Herr Thomas Walbaum Vertretung für
Herrn Thomas
Tauber
Frau Maggie Rawe
Herr Dr. Rolf Sommer Vertretung für
Herrn Ulrich
Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking bis Verlauf zu TOP 1.

Vortragender Gast:

Frau Maike Berndt
Deutsches wissen-
schaftliches Institut für
Freizeitforschung
(dwif), Berlin bis ein-
schl. TOP 3.

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Kessens bis einschl. TOP 3.
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Vorstellung der Ergebnisse "Masterplan Tourismus Baumberge 2024"

Frau Maike Berndt vom Deutschen wissenschaftlichen Institut für Freizeitforschung (dwif) aus Berlin präsentiert die Ergebnisse des „Masterplan Tourismus Baumberge 2024“ (**Anlage 1** zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Frau Dirks merkt ergänzend an, dass damit die Grundlinien erarbeitet worden seien und jetzt das weitere Vorgehen festgelegt werden müsse, wobei sich die 5 Baumberge-Kommunen bereits unverbindlich darauf verständigt hätten, in Zukunft besser zusammenarbeiten zu wollen. Der im Masterplan beschriebene Weg werde als richtig, aber nicht einfach angesehen. Einige Ideen, wie z. B. die Ausschilderung eines barrierefreien Wanderweges in Billerbeck seien bereits vorbesprochen worden.

Herr Schulze Thier äußert Bedenken, dass die angesprochene Zusammenarbeit mit allen 5 Gemeinden, insbesondere mit Coesfeld und Rosendahl auch tatsächlich gelingt.

Herr Walbaum befürchtet ebenfalls, dass Coesfeld als Kreisstadt eine Sonderrolle einnehmen wolle.

Frau Dirks und Frau Berndt versichern, dass bei allen Beteiligten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit deutlich geworden sei.

Auf Nachfrage von Herrn Lennertz, wie die Erkenntnisse aus dem Masterplan mit den heute ebenfalls auf der Tagesordnung stehenden Fraktionsanträgen zusammenpassen, verweist Frau Dirks auf die noch erfolgenden Erläuterungen zu den nachfolgenden Tagesordnungspunkten.

Herr Ahlers konstatiert, dass der Bericht großen Verbesserungsbedarf anzeige. Er stelle sich allerdings die Umsetzung der beschriebenen Szenarien 1 – 3 schwierig vor.

Frau Dirks erläutert, dass Szenario 1 bereits bestehe und zu den weiteren Szenarien gemeinsame Vorschläge der beteiligten Gemeinden erarbeitet werden, die dann in allen Räten zu beraten seien.

Herr Rampe ist der Auffassung, dass die Rad- und Wanderwege nicht so schlecht seien wie im Masterplan beschrieben. In diesem Bereich sei viel investiert und durch Ehrenamtliche umgesetzt worden.

Frau Berndt weist darauf hin, dass das Niveau z. B. der Sandsteinroute

und der 100-Schlösser-Route unter den heutigen Qualitätsanforderungen liege. Auf den Routen gebe es zu viele Umwege, Schlaglöcher und tlw. führe die Route nicht an den Sehenswürdigkeiten vorbei. Außerdem gebe es Verkehrszeichen, die ein Befahren des Radweges eigentlich verböten.

Frau Rawe geht davon aus, dass die touristischen Angebote wie z. B. die Erlebbarkeit des Sandsteines relativ schnell auf den Weg gebracht werden können. Die Umsetzung des Themas „Baumberger Lebensart genießen“ stelle sie sich dagegen schwierig vor, da sich Billerbeck diesbezüglich in einer anderen Situation als die Nachbarorte befinde, in denen es tlw. keine Übernachtungsmöglichkeiten und keine gehobene Esskultur gebe.

Außerdem sei es wichtig, dass sich die Räte austauschen, da bei der Umsetzung des beschriebenen Weges alle an einem Strang ziehen müssen.

Frau Berndt bestätigt, dass das Angebot in den Gemeinden unterschiedlich ist. Aber man könne auch aus kleineren einfachen Angeboten wie z. B. aus den in jeder Gemeinde stattfindenden Wochenmärkten gemeinsame Kochabende entwickeln. Man müsse die Leute zusammenbringen und überlegen, wie gemeinsame Angebote geschaffen werden können. Dafür brauche es nicht unbedingt mehr Betriebe.

Frau Mollenhauer macht sich Sorgen über das benötigte Budget und erkundigt sich, welche Möglichkeiten es gebe.

Man müsse zunächst die Maßnahmen festlegen und dann ggf. Fördermittel akquirieren, so Frau Dirks. Jede Gemeinde müsse nach einem noch zu entwickelnden Verteilerschlüssel ihren Anteil übernehmen.

Abschließend teilt Frau Dirks mit, dass ein Beschlussvorschlag nach Abstimmung mit allen anderen Kommunen vorgelegt werde.

**2. Antrag der CDU Fraktion vom 19.06.2017
hier: Anerkennung der Stadt Billerbeck als staatlich anerkannter
Luftkurort gemäß § 11 KOG (Kurortegesetz NRW) durch die Bezirks-
regierung Münster**

Frau Berndt führt aus, dass zu den Vorteilen eines Kurortes die Berechtigung zur Erhebung eines Kurbeitrages gehöre. Außerdem könnten Fördermittel des Landes in Anspruch genommen werden. Auf der anderen Seite befänden sich heute fast alle Kurorte in einem Umbruch bzw. in einer Krise. Selbst Kurorte mit einer langen Tradition müssten sich neu ausrichten und auf selbstzahlende Gäste setzen. Sie könne nur von einer Beantragung auf Anerkennung als stattl. anerkannter Luftkurort abraten. Die Voraussetzungen für eine solche Priorisierung seien sehr anspruchsvoll und gingen deutlich über die Bestimmungen für Erholungsorte hinaus. Zudem wäre die Erfüllung dieser Voraussetzungen und später zur Erhaltung des Kurort-Prädikates mit sehr hohen Kosten verbunden. Hinzu komme, dass das Prädikat als Kurort weder ein Alleinstellungs-

merkmal noch eine Garantie für steigende Gästezahlen sei.

Frau Dirks führt ergänzend aus, dass bereits vor einigen Jahren verwaltungsintern über eine Beantragung zur Ausweisung als Luftkurort nachgedacht worden sei. Diese Idee sei aber nicht weiter verfolgt worden, weil die Leistungsträger nicht vorhanden seien und die Stadt erhebliche Investitionen für die notwendige Infrastruktur tätigen müsse.

Herr Walbaum regt an, ggf. im Rahmen der bis 2026 vorgesehenen Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplanes noch einmal über eine Beantragung zur Anerkennung als Luftkurort nachzudenken. Beides sollte nicht unbedingt parallel angegangen werden.

Herr Lennertz hätte sich erläuternde Ausführungen in der Sitzungsvorlage gewünscht, um vorab fraktionsintern vorberaten zu können. Er wolle den Fraktionsantrag heute zurückstellen, um die aus dem Vortrag gewonnenen Erkenntnisse zunächst intern zu besprechen. Außerdem vermisse er konkrete Aussagen zur Höhe möglicher Fördermittel oder zu den notwendigen Investitionen. Auch liege keine Kosten-Nutzen-Analyse vor.

Frau Dirks entgegnet, dass die Präsentation erst heute vorgestellt worden sei und deshalb in der Sitzungsvorlage noch nicht hierauf eingegangen werden konnte. Wenn detaillierte Aussagen zu möglichen Fördermitteln bzw. Investitionskosten gewünscht werden, müsste eine Fachexpertise in Auftrag gegeben werden.

Sie sehe den Nutzen nicht, sich mit dem Thema Luftkurort mit allererster Priorität zu widmen, so Frau Berndt.

Frau Rawe schließt sich der Auffassung von Frau Berndt an. Die 5 Baumberge-Kommunen wollten doch in Zukunft zusammenarbeiten. Sie könne sich nicht vorstellen, dass es gelinge zweigleisig zu fahren und zudem noch die Voraussetzungen für die Anerkennung als Luftkurort zu erfüllen.

Herr Rampe spricht sich wie Herr Lennertz für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes aus, um fraktionsintern unter Einbeziehung der heutigen Erkenntnisse beraten zu können.

Auf Nachfrage von Herrn Schulze Thier, ob die Anerkennung als Luftkurort eine Abgrenzungsmöglichkeit für Billerbeck sein könnte, antwortet Frau Berndt, dass - wenn man die gemeinsame Entwicklung ernst nehmen wolle - auch in den anderen Gemeinden eine Anerkennung als Luftkurort angestrebt werden müsste. Es gebe aber in keiner der Gemeinden diesbezügliche Ansatzpunkte.

Der Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich vertagt.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2017 hier: Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes für Motorrad- und Rad-

fahrergruppen mit Bedarfsanalyse für diese Zielgruppen

Frau Berndt stellt heraus, dass der Radtourismus eines der Kernprodukte der Baumberge-Gemeinden ist. Mit dem hieraus erwachsenen Konzept sei die Stadt sehr gut aufgestellt. Fahrrad- und Motorradtourismus stellten für sie eine „wilde Kombination“ dar. Anders als z. B. im Sauerland gebe es im Münsterland keine Vermarktung des Motorradtourismus. Sie habe auch keine Anknüpfungspunkte finden können. Zudem gebe es beim Motorradtourismus Konflikte mit den Touristen, die die Natur genießen wollten und es sei mit Akzeptanzproblemen bei Anwohnern und der Bevölkerung zu rechnen.

Herr Dr. Meyring ist der Meinung, dass man für Motorradfahrer etwas tun müsse, um sie vor Ort zu halten; hierin stecke durchaus Potential.

Frau Rawe erläutert, dass der Fraktionsantrag gestellt worden sei, weil viele Biker, u. a. aus dem Ruhrgebiet nach Billerbeck kommen und mit ihren Helmen durch die Stadt liefen. Sie wolle wissen, welche Angebote Motorradfahrern gemacht werden können.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass die Zielgruppe der Motorradfahrer nicht unbedingt bei allen beliebt ist und das Thema nicht unproblematisch sei. Einen Bikertreff gebe es in Billerbeck bislang nicht und sie wisse, dass solche Treffs in anderen Orten auch nicht immer problemlos seien.

Herr Heymanns stellt heraus, dass Motorradfahrer gerne ihr Motorrad und ihren Helm im Blick haben wollten, wenn sie in einer Gastronomie verweilten. Er befürworte es sehr, dass am Wochenende viele Motorradfahrer nach Billerbeck kämen. Vielleicht wäre ein Motorradparkplatz sinnvoll, aber Schließfächer für Motorradhelme oder Koffer seien aus seiner Sicht nicht notwendig.

Herr Walbaum ärgert sich über Motorräder, die irgendwo abgestellt werden. Die Situation sei jetzt schon ungeregelt und würde noch ungeregelter, wenn Motorradfahrer nach Billerbeck geholt würden.

Frau Rawe möchte festhalten, dass bzgl. des Radtourismus die im Masterplan formulierten Ziele gemeinsam mit den anderen Gemeinden vorgebracht werden. Über ein Tourismuskonzept für Motorradfahrer wolle sie zunächst fraktionsintern beraten.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Abschließend kritisiert Frau Mollenhauer die Sitzungsvorlagen der Verwaltung sowohl zum Antrag der CDU-Fraktion als auch zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. So könne man nicht miteinander umgehen und auch nicht arbeiten. In der Sitzungsvorlage werde ausgeführt, dass der Ausschuss im Anschluss des Vortrages zu entscheiden habe, wie mit den Ergebnissen umgegangen wird. Das sei aber nicht möglich, weil sie vor der heutigen Sitzung keinerlei Informationen gehabt hätten.

Sie habe nicht erwartet, dass heute Beschlüsse gefasst werden, so Frau

Dirks. Frau Berndt habe erst heute den Masterplan vorgestellt, vorher hätten keine Informationen vorgelegen.

4. Beitritt zur ÖRV-Verbund citeq Münster

Herr Messing erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Dabei erläutert er auf Nachfrage von Frau Rawe, dass der Verwaltung der Text einer Vereinbarung überlassen worden sei, die vor einem Jahr der Verwaltung in Rosendahl zur Verfügung gestellt wurde. Bis zur Ratssitzung werde ein aktualisierter Entwurf der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorliegen, der keinen jährlichen Beitrag, sondern eine einmalige Einlage vorsehe.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Rat stimmt einem Beitritt der Stadt Billerbeck zur citeq Münster zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen und die einmalige Einlage in Höhe von 4371,70 € einzuzahlen.

Der Einladung zur Ratssitzung ist die aktualisierte Öffentlich-rechtliche Vereinbarung als Anlage beizufügen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

Keine

6. Anfragen

6.1. Einführung eines Beschlusscontrollings - Frau Rawe

Frau Rawe erinnert an den im Februar 2018 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag zur Einführung eines Beschlusscontrollings. Der Rat habe den Antrag an den HFA verwiesen. Obwohl seitdem drei HFA-Sitzungen stattgefunden hätten, sei ihr nichts über den Stand der Umsetzung des Antrages bekannt.

Herr Messing berichtet, dass mit Somacos entsprechende Gespräche über die Einführung eines Beschlusscontrollings geführt worden seien. Das derzeit von Somacos angebotene Controlling entspreche nicht dem, was hier gewünscht werde. Somacos arbeite an einer Weiterentwicklung und werde zu gegebener Zeit auf die Stadt zukommen.

Die Nachfrage von Frau Rawe, ob die Kosten für eine Erweiterung des Programmes im Haushaltsplan 2019 verankert seien, bejaht Frau Dirks.

6.2. Abgestellter Wohnwagen am Gummibahnhof - Herr Walbaum

Herr Walbaum weist auf einen seit längerer Zeit am Gummibahnhof abgestellten Wohnwagen hin.

Frau Dirks führt aus, dass Anhänger nach der Straßenverkehrsordnung 14 Tage lang auf öffentlichen Parkplätzen abgestellt werden dürfen.

Wenn sie zwischendurch bewegt würden, beginne wieder ein neuer Parkvorgang. Es werde dafür gesorgt, dass der Anhänger spätestens bis zum Stadtfest entfernt werde.

6.3. Halteverbot vor dem Seniorenstift Darfelder Straße - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring kritisiert die Halteverbotsbeschilderung an der Darfelder Straße. Die Schilder zeigten überhaupt keine Wirkung. Er könne nicht nachvollziehen, dass das Halteverbot vor der Bushaltestelle ende.

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass an Bushaltestellen das Parken generell verboten sei und deshalb keine Anordnung für ein durchgehendes Halteverbot erteilt werde. Die Bushaltestelle werde seitens des Landesbetriebes noch mit einer Markierung versehen, auch würden Kontrollen durchgeführt.

6.4. Sachstand bzgl. der Bauarbeiten für die neue Kita in der Gemeinschaftsschule - Herr Lennertz

Auf Nachfrage von Herrn Lennertz zum Sachstand teilt Frau Dirks mit, dass sich die Bauarbeiten um 4 Wochen verzögerten. Der Kita-Betrieb sei aber zum neuen Kindergartenjahr aufgenommen worden. Vorübergehend seien der Kita zwei Klassenräume zur Verfügung gestellt worden. Die Eltern seien an einem Elternabend umfassend informiert worden.

6.5. Unterstand für die Badeaufsicht - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer kritisiert, dass an dem Unterstand für die Badeaufsicht immer noch nichts passiert sei.

Frau Dirks führt aus, dass sie bereits berichtet habe, dass noch weitere Maßnahmen zur Unterbringung des Laptops und von Wertsachen erforderlich seien. Sie habe persönlich mit den Mitarbeitern gesprochen. In dem Gespräch sei vereinbart worden, dass nach der Badesaison gemeinsam nach einer Lösung gesucht werde. Die bestellten Scheiben seien wieder abbestellt worden, weil es lt. Schwimmmeister damit im Unterstand zu heiß würde.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin